

Eine Welt ohne Hunger in einer Welt voller Konflikte?

Herausforderungen und Chancen an der Schnittstelle zwischen Ernährungssicherung und Friedensförderung



Dokumentation der Podiumsdiskussion zum Internationalen Friedenstag 2014

Bonn, 21. September 2014

Eine Welt ohne Hunger in einer Welt voller Konflikte?

Herausforderungen und Chancen an der Schnittstelle zwischen Ernährungssicherung und Friedensförderung

Dokumentation der Podiumsdiskussion zum Internationalen Friedenstag 2014

Bonn, 21. September 2014

mit

Dr. Wolfgang Jamann, Generalsekretär und Vorstandsvorsitzender
Deutsche Welthungerhilfe e. V., Bonn

Dr. Imme Scholz, stellvertretende Direktorin
Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn

Ralf Südhoff, Leiter des Büros für Deutschland, Österreich und die
deutschsprachige Schweiz, United Nations World Food Programme, Berlin

Moderation: **Natascha Zupan**,
Leiterin der Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung, Bonn

Grußwort: **Gabriele Klingmüller**,
Bürgermeisterin der Stadt Bonn

Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung
Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst
Friedrich-Ebert-Stiftung

Inhalt

- 03 Editorial
- 04 Hintergrundinformationen
- 05 Zentrale Schlussfolgerungen
- 07 Ernährungssicherung: Hilfsorganisationen vor einer großen Aufgabe
Dr. Wolfgang Jamann
- 09 Krisengetriebene Hilfe: Herausforderungen der Ernährungssicherung
Ralf Südhoff
- 12 Globale Antworten auf Ernährungskrisen: Prävention und Reaktion
Dr. Imme Scholz
- 15 Diskussion mit dem Publikum: Ebola, Gentechnik und
Empfehlungen an die deutsche Politik
- 17 Kurz vorgestellt
Referenten und Referentin auf dem Podium
- 18 Die Veranstalter im Überblick
- 19 Impressum

Editorial

- **Dr. Wolfgang Heinrich** | Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst
- **Marius Müller-Hennig** | Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt)
- **Martin Weinert** | Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Unsere Welt ist voller Konflikte und Millionen Menschen hungern. Dieses Erkenntnis ist nicht neu, aber leider immer noch allzu wahr. Die Vereinten Nationen, deren oberstes Ziel die Förderung von Frieden und Sicherheit ist, haben sich verpflichtet, den Hunger weltweit zu bekämpfen. Das erste der acht Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDGs) fordert daher die „Beseitigung der extremen Armut und des Hungers“. Dieses Ziel wurde in den vergangenen Jahren mancherorts erreicht, andernorts scheiterte man jedoch kläglich.

In vielen Ländern, in denen Hunger weit verbreitet und das Risiko von Hungerkatastrophen besonders hoch ist, erleben die Menschen häufig auch massive gewaltsame Konflikte und einen Zusammenbruch jeglicher Versorgungsleistungen.

Fragilität bedingt Hunger

Faktoren wie staatliche Fragilität, Korruption und mangelnder politischer Wille sowie zerstörte Infrastruktur verschärfen auch mittel- bis langfristig die Ernährungsprobleme. Wenn sich die Bevölkerung nicht mehr selbst versorgen kann, gelingt es auch staatlichen Institutionen häufig nur unzureichend oder gar nicht, den Bürgerinnen und Bürgern Lebensmittel zur Verfügung zu stellen. Diese Staaten werden als fragil bezeichnet, denn ihre Regierungen sind häufig schwach oder korrupt, ihre Strukturen und Institutionen zerfallen

oder werden nicht von der Bevölkerung akzeptiert.

Dass gewaltsam ausgetragene Konflikte das Risiko von Ernährungskrisen erhöhen, liegt auf der Hand. Beispiele hierfür sind Somalia, wo die dramatische Hungersnot 1992 eine Konsequenz des Bürgerkriegs war. In Mali verschärfte sich die ohnehin unsichere Ernährungslage in weiten Teilen des Landes, als der politische Konflikt dort in den Jahren 2012 und 2013 eskalierte.

Aber auch andersherum kann der Mangel an Nahrung vor allem in Verbindung mit anderen sozio-ökonomischen Problemen und einem Preisanstieg für Nahrungsmittel Konflikte anheizen und in Gewalt eskalieren. So zeigte beispielsweise der Ruf nach „Brot, Würde und Freiheit“ während des Arabischen Frühlings, dass Hungerrevolten nicht nur in mangelnder Versorgung begründet sind. Sie sind meist eng mit politischen Fragen wie etwa der Marginalisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen oder einzelner Regionen eines Landes und einer wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich verknüpft. Zudem können zu kurzfristige Strategien zur Ernährungssicherung unbeabsichtigt Konflikte schüren oder zu ihrer Eskalation beitragen.

Hunger und Konflikt liegen somit eng beieinander. Zur ihrer Überwindung müssen Ernährungssicherung und Friedensförderung stärker als bisher

zusammen gedacht werden. Die damit verbundenen Dilemmata lassen oftmals keine einfachen Lösungen zu. So war etwa das „Oil-for-Food Programme“ im Irak zwischen 1995 und 2003 sehr umstritten: Es sollte der hungernden Bevölkerung helfen und bot gleichzeitig die Gelegenheit, Sanktionen der internationalen Gemeinschaft gegen das Regime von Saddam Hussein zu unterlaufen.

Vor diesem Hintergrund nahm die Podiumsdiskussion zum Internationalen Friedenstag 2014 den Zusammenhang zwischen Friedensförderung und Ernährungssicherung in den Blick. Sie ging den Fragen nach, welche Rolle die Ernährungssicherung in Ländern spielt, die vor Kurzem einen gewaltsamen Konflikt beendet haben, und in welchen Spannungsfeldern sie sich bewegt. Diskutiert wurde auch, wie Ernährungssicherung zur Förderung von Frieden und wie umgekehrt Friedensförderung zur Ernährungssicherung beitragen kann.

Seit vielen Jahren laden Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, die Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt) und die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) im Rahmen des Bonner Programms zum Internationalen Tag des Friedens zu einer Podiumsdiskussion ein.

Sie widmet sich in jedem Jahr aktuellen und strukturellen Fragen der Friedensförderung an der Schnittstelle zur Entwicklungszusammenarbeit.



Am 21. September 2014 diskutierten Dr. Wolfgang Jamann, Geschäftsführer der Welthungerhilfe, Ralf Südhoff, Leiter des Berliner Büros des Ernährungsprogramms der Vereinten Nationen (WFP), und Dr. Imme Scholz, stellvertretende Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE), die prak-

tischen Herausforderungen der Ernährungssicherung, mit denen Hilfsorganisationen konfrontiert sind.

Ihr Blick richtete sich dabei auf Konflikt- und Nachkriegssituationen sowie auf fragile Staaten. Zudem betrachteten sie die strukturellen Rahmenbedingungen

von Ernährungssicherung und Friedensförderung aus einer globalen Perspektive.

Wir danken der Stadt Bonn für ihre Unterstützung und für die Gastfreundschaft im Gobelinsaal des Alten Rathauses.

Hintergrundinformationen

Hunger und Konflikte – eine globale Momentaufnahme

Die Zahl der Hungernden ist in den vergangenen Jahren weltweit zurückgegangen. Laut dem von der Welthungerhilfe herausgegebenen Welthunger-Index 2014 gelang es sogar in 26 Ländern, die Anzahl der Hungernden seit 1990 zu halbieren. Aber abgesehen von diesen Teilerfolgen hungern weltweit immer noch 805 Millionen Menschen.

Gleichzeitig nehmen innerstaatliche Konflikte zu und in vielen Ländern eskaliert die Gewalt. Der World Development Report 2011 wies darauf hin, dass die Entwicklungserfolge der vergangenen 30 Jahre an den 1,5 Milliarden Menschen in Konfliktregionen vorbeigegangen seien.

Keines der von Konflikten, Bürgerkriegen und Gewalt betroffenen Länder, die alle ein niedriges Pro-Kopf-Einkommen aufweisen, hat ein einziges MDG erreicht noch sein Hungerproblem gelöst.

Ernährungssicherheit und -souveränität

Im engeren Sinn bedeutet Ernährungssicherheit, dass alle Menschen einen fairen und gleichen Zugang zu ausreichenden, qualitativen Lebensmitteln haben, die den lokalen Ernährungsgewohnheiten und Bedürfnissen entsprechen. Die dafür notwendigen Programme und Politiken gilt es zu fördern.

Im weiteren Sinn schließt Ernährungssicherung die Berücksichtigung der lokalen Lebensumstände, die Selbstbestimmung und das souveräne Handeln der Betroffenen sowie die Erfüllung menschenrechtlicher Verpflichtungen wie etwa das Recht auf Nahrung und andere wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte mit ein.

Es geht also nicht nur um die Produktion, Verteilung und Qualität von Nahrungsmitteln. Es ist zudem notwendig, dass die vom Hunger betroffene Bevölkerung Zugang zu natürlichen Ressourcen wie Land und Wasser hat und diese mit kontrollieren kann.

Zentrale Schlussfolgerungen

Die Gefährdung der Nahrungssicherheit geht häufig einher mit Unfrieden, Konflikten und Unsicherheit, sodass für die Überwindung des Hungers auch gleichzeitig an die Überwindung der Konfliktursachen und Gewalt zu denken ist. Mit einem erweiterten Verständnis von Frieden, das über die reine Abwesenheit von Gewalt hinausgeht und mit einem Ernährungssicherungsansatz, der wirtschaftliche, soziale und politische Teilhabe, Verteilungsgerechtigkeit und Gleichberechtigung gleichermaßen beinhaltet, gibt es hier viele gemeinsame Anknüpfungspunkte für Maßnahmen der Ernährungssicherung, Menschenrechtsarbeit und Friedensförderung.

Hunger und damit verbundene Konflikte treten häufig dort auf, wo es an struktureller Verteilungsgerechtigkeit mangelt. In vielen Ländern wie etwa in Indien gibt es viele Hungernde, obwohl das Land Nahrungsmittelüberschüsse produziert. Eine weitere Ursache von Hunger und gewaltsamen Konflikten ist, dass viele Menschen ihre Ernährung nicht selbst sichern können, weil sie keinen Zugang zu wichtigen natürlichen Ressourcen wie Land, Wasser, Fischgründen und Wäldern haben oder dieser Zugang nicht gerecht geregelt ist.

Hunger, Marginalisierung und Armut sind eng miteinander verknüpft. Den Betroffenen fehlt häufig eine politische Stimme, Durchsetzungskraft sowie eine einkommenssichernde Beschäftigung, die Ernährungsengpässe zu bewältigen hilft. Wirtschaftliche, soziale und politische Marginalisierung und mangelnde Teilhabe sind somit zentrale Faktoren für das Fortbestehen von Hunger und die Verschärfung sozialer Konflikte.

Insgesamt verbraucht die Weltbevölkerung immer mehr natürliche Ressourcen. Begründet liegt dies nicht primär im globalen Bevölkerungswachstum, sondern vor allem in den nicht tragfähigen Produktions- und Konsummustern in den Industrieländern, konkret in der Energiepolitik, dem Konsumverhalten, in Ernährungs- und Finanzkrisen und dem Klimawandel. Im globalen Süden steigt der Druck auf diese Ressourcen, die den Menschen als Ernährungsgrundlage dienen. Angesichts der wachsenden Ernährungsunsicherheit in Regionen, die von Konflikten betroffen sind, wächst auch der Wettbewerb um diese Ressourcen.

Nationale und regionale Bemühungen reichen nicht aus, um den Hunger und die damit verknüpften Konflikte nachhaltig einzudämmen. Ernährungssicherheit muss ein globales Anliegen sein, weil sie auch vom Konsumverhalten und der Investitionspolitik der Industrie- und Schwellenländer beeinflusst wird. Die Probleme reichen von der Spekulation mit Nahrungsmitteln über die Konkurrenz zwischen Nahrungsmitteln, Futtermitteln und Energierohstoffen bis hin zu den Dysfunktionalitäten zwischen Welt-handelssystem und Subventionen. Sie erfordern eine ganze Reihe von systemischen Gegenmaßnahmen und globale politische Antworten.

Zwar geht der Anteil der Hungernden an der Weltbevölkerung zurück, aber es zeigen sich diverse bedenkliche Entwicklungen:

Ernährungssicherung in Krisen: nur ein Fall für kurzfristige Nothilfe?

Das große Ausmaß und die hohe Anzahl der aktuellen humanitären Krisen

führen dazu, dass das Ernährungsprogramm der Vereinten Nationen viele humanitäre Notlagen der schwersten Kategorie gleichzeitig bewältigen muss und damit stärker als bisher nur kurzfristige Nothilfe statt langfristiger Entwicklungszusammenarbeit leisten kann. Es fehlt an Ressourcen, um sich gleichzeitig aller Krisen anzunehmen. Dies wäre aber dringend notwendig, um die Krisensituationen zu stabilisieren, erneuten Nahrungsengpässen vorzuzugreifen und mittelfristig nachhaltige Entwicklung und Frieden zu sichern.

Viele dieser aktuellen Krisen geschehen in Ländern mit gewaltsamen Konflikten. Dort gelingt es der konfliktensiblen Nothilfe und der Ernährungssicherung, kurzfristig die Situation der Menschen zu verbessern. Doch bleibt den Hilfsorganisationen angesichts ihrer extremen operativen Belastung und ihrer Fokussierung auf die unmittelbare Existenzsicherung kaum Raum, ihre Arbeit kritisch zu reflektieren und kohärente Ansätze zu entwickeln. Nothilfe muss vielfach in Grauzonen operieren und unter Umständen mit Konfliktparteien und Gewaltakteuren arbeiten, um Zugänge zur hungern- den Bevölkerung zu erhalten.

Klima, Konsum und Markt: Risiken für Ernährungssicherung und sozialen Frieden

Strukturelle Stressfaktoren wie der Klimawandel, veränderte Konsumgewohnheiten und Marktdynamiken gefährden die generell positiven Entwicklungen bei der Reduzierung des Hungers. Viele Länder des globalen Südens, aber auch heutige Nettoüberschussproduzenten etwa in Südamerika, werden mit einem wachsenden Anpassungsdruck konfrontiert sein,



Ernährungssicherung und Friedensförderung dürfen nicht parallel nebeneinander stattfinden, sondern müssen Hand in Hand gehen. Das schafft Synergien und trägt zu Frieden und Ernährungssicherheit bei.

um ihre landwirtschaftliche Produktion und die Ernährung ihrer Bevölkerung dauerhaft zu sichern und gleichzeitig für sozialen Frieden und inklusive Gesellschaften zu sorgen.

Weltweit verändern sich die Konsummuster. Insbesondere steigt der Fleischkonsum aufgrund höherer Einkommen in den wachsenden Volkswirtschaften. Die Nutzung landwirtschaftlicher Ressourcen etwa für Biotreibstoffe und Kosmetika wirkt sich zunehmend negativ auf die Ernährungssicherheit im globalen Süden aus und liefert den Nährboden für soziale Konflikte und Unfrieden. Gleiches gilt für spekulative Geschäfte mit Nahrungsmitteln. Hier fehlt es nach wie vor an effektiven globalen Regeln.

Praktische Ansätze: Ernährungssicherheit optimieren, Konfliktsensibilität erhöhen, mit Fragilität umgehen

Eine Flexibilisierung der Hilfe würde die Arbeit der Organisationen, die in der Ernährungssicherung tätig sind, massiv vereinfachen, beschleunigen und wirksamer gestalten. Ein konkreter Ansatzpunkt wäre etwa, die durch das deutsche Haushaltsrecht auferlegten Beschränkungen der Hilfe zu vereinfachen.

In Ländern, die aktuell von Krisen und Fragilität betroffen sind, ist es besonders schwierig, die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen und gleichzeitig den Frieden zu sichern oder den Konflikt mit friedlichen Mitteln zu lösen. Staatliche Strukturen und Systeme fehlen oder besitzen nicht (mehr) das Vertrauen der Bevölkerung, um nachhaltige Lösungen mit ihnen zu erzielen. Alle Akteure sind hier gefordert, kreativ, flexibel und konfliktensibel an der Lösung der Probleme mitzuwirken und trotz großer Not und Dringlichkeit auf nachhaltige und an den Kontext angepasste Maßnahmen zu Ernährungssicherung im Verbund mit friedensfördernden Aktivitäten zu setzen.

Für viele Akteure ist es nach wie vor eine große Herausforderung, jeden Konflikt und jede Krise so detailliert zu analysieren wie es erforderlich wäre, um daraus die richtigen Schlüsse für die eigene Arbeit zu ziehen. Allianzen zwischen operativen Organisationen, Think Tanks und wissenschaftlichen Einrichtungen wären hierbei eine große Hilfe. Auch privatwirtschaftliche Akteure sollten qualifizierte Kontext- und Konfliktanalysen sowie konfliktensible Ansätze und Instrumente in ihr Standardrepertoire aufnehmen. Die Zusammenarbeit verschiedener Stakeholder kann in fragilen Kon-

texten von Vorteil sein, birgt aber auch große Risiken oder geht mit praktischen Problemen einher.

Damit politische Krisen nicht zu humanitären Krisen werden, muss die internationale Staatengemeinschaft mehr Sensibilität für problematische, potenziell gewaltträchtige innenpolitische Entwicklungen aufbringen und frühzeitig Gewalt vorbeugen.

Ernährungssicherung darf nicht nur ein Thema für die Entwicklungszusammenarbeit bleiben. Sie benötigt vielfältige Allianzen und Kooperation mit anderen Akteuren und Politikfeldern wie etwa der Handelspolitik und der Außen- bzw. internationalen Politik Deutschlands. Sie muss eng mit friedenspolitischen Anliegen verknüpft sein, wofür zukünftig vielleicht die Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) genutzt werden könnte. Ein Kernelement von Außenpolitik muss weiterhin die Lösung von globalen Fragen sein – von denen die Ernährungssicherung und die Vorbeugung von Krisen und Gewalt die drängendsten sind.

Ernährungssicherung: Hilfsorganisationen vor einer großen Aufgabe

→ Dr. Wolfgang Jamann

Der Welthungerindex der Welthungerhilfe weist jährlich auf jene Gebiete auf der Weltkarte hin, wo der Hunger besonders drastisch ist. Dies ist vielfach in wenig beachteten Ländern abseits der großen Krisen der Fall wie etwa in Burundi, Haiti, Laos, Timor-Leste, Jemen und Eritrea.

Die gute Nachricht ist jedoch: Die Anzahl der Hungernden in der Welt hat sich von etwa 840 Millionen auf etwa 805 Millionen verringert. Besonders in Anbetracht der wachsenden Weltbevölkerung ist dies ein sehr positiver Trend. Während in den 1960er Jahren noch jeder dritte Mensch auf der Welt hungerte, ist es heute „nur“ noch jeder Neunte.

Neben akutem Hunger ist Mangelernährung weltweit ein großes Problem, das in den vergangenen Jahren zu wenig Beachtung fand. Etwa zwei Milliarden Menschen – insbesondere Kinder – sind weltweit mangelernährt. Sie nehmen nicht genügend Mikronährstoffe wie Jod, Zink oder Vitamin A zu sich und sind dadurch oft zu klein, zu dünn, zu schwach. Auch ihre Sehfähigkeit kann ernsthaften Schaden nehmen; ihre kognitiven Fähigkeiten sind eingeschränkt.

All dies wirkt sich negativ auf die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsprozesse, die Volkswirtschaft und auf die nationalen Gesundheitssysteme aus. So führt zum Beispiel in vielen afrikanischen Ländern eine zu einseitige Ernährung vermehrt

zu Diabetes. Auch Fettleibigkeit tritt vermehrt auf – aber nicht als Zeichen von Überfluss, sondern von falschen Ernährungsgewohnheiten.

Staatliche und zivilgesellschaftliche Aktivitäten zur Ernährungssicherung haben in den vergangenen Jahren viel erreicht, zum Beispiel erhöhte sich vielerorts die landwirtschaftliche Produktion. Viele Bauern haben sich zu Genossenschaften zusammenschlossen, um besser am Marktgeschehen teilzuhaben und vom Markt zu profitieren. Auch die Anwendung ressourcenschonender Produktionsmethoden zeigt positive Wirkungen.

Konflikte: schwerwiegende Belastung für die Ernährungssicherheit.

Die vielen gegenwärtigen Krisen wie in Syrien, im Nordirak, im Südsudan, in Gaza, in der Ukraine und in der Zentralafrikanischen Republik sind nicht nur politische, sondern auch humanitäre Katastrophen. Sie stellen die Ernährungssicherung aktuell vor große Herausforderungen und überfordern vielfach die operativen Kapazitäten von internationalen Organisationen.

Die Hilfsorganisationen können in Krisen- und Konfliktregionen nur nachhaltig positive Wirkungen erzielen, wenn sie die grundlegenden Zusammenhänge der Krisen und Konflikte verstehen. Dazu gehört zum Beispiel zu erkennen, dass Hunger nicht nur ein Verteilungsproblem

ist, sondern auch ein Problem der Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hilfsorganisationen sind in den aktuellen Krisen zudem mit einer neuen Dimension von Risiken und Unsicherheit konfrontiert. Ihre Gefährdung hat sich in den vergangenen Jahren verdreifacht und nimmt weiterhin zu.

Auch auf die Logistik der Nahrungsmittelhilfe wirkt sich die verschärfte Sicherheitslage in vielen Krisenregionen negativ aus. Immer wieder müssen mit Mais- oder Weizensäcken beladene LKW umkämpfte Hauptverkehrsstraßen passieren, wo sie der Gefahr ausgesetzt sind, geplündert zu werden, bevor die Hilfe die notleidende Bevölkerung erreichen kann.

Hilfsorganisationen sehen grundsätzlich ihre Aufgabe darin, Lösungen anzubieten. In vielen Ländern gelingt es auch, mit diesen Lösungen die Ernährungssicherheit zu verbessern. Es gibt aber immer mehr komplexe Situationen, in denen es zunehmend schwieriger wird, Lösungen anzubieten. Nur Lebensmittel zu verteilen reicht dort nicht aus, um die Situation der Krisenopfer längerfristig zu verbessern.

Der Konflikt in Syrien hat sich zum Beispiel in den vergangenen Jahren so stark verändert, dass die internationale Gemeinschaft heute schlicht zu wenig darüber weiß, wie ein langfristiges Engagement wirken könnte. Solche Situationen sind sehr bedenklich für die Arbeit der



„Die Hilfsorganisationen können in Krisen- und Konfliktregionen nur nachhaltig positive Wirkungen erzielen, wenn sie die grundlegenden Zusammenhänge der Krisen und Konflikte verstehen.“

Dr. Wolfgang Jamann

Hilfsorganisationen und für alle, die den Hilfsorganisationen mit Sympathien entgegnetreten.

Ein politischerer Ansatz für die humanitäre Hilfe

Die Welthungerhilfe nutzte das Jubiläum ihres fünfzigjährigen Bestehens im Jahr 2012, um kritisch auf Erreichtes zu schauen und Visionen für die Zukunft zu entwickeln. Grundsätzlich verfolgt sie das langfristige Ziel, die eigene Arbeit überflüssig zu machen. In einigen Ländern zum Beispiel in Lateinamerika ist dies schon der Fall. Dort wird die Unterstützung der Welthungerhilfe nicht mehr benötigt, sodass die dortigen Projekte beendet werden konnten.

Die Welthungerhilfe will in Zukunft stärker auf zivilgesellschaftliche Partner vor Ort hören, mehr auf andere Akteure zugehen und neue Allianzen schmieden. Sie will mit diesem politischeren Arbeitsansatz helfen, die gesellschaftlichen und politischen

Strukturen in den Partnerländern so zu verändern, dass sie der Bevölkerung mehr Teilhabe ermöglichen. Auch mit der Privatwirtschaft will die Welthungerhilfe in Zukunft verstärkt gemeinsame Anliegen definieren.

Ernährungssicherung: auch ein wirtschaftliches Anliegen

Es ist durchaus als gute Nachricht zu verstehen, dass man mit Ernährungssicherheit gute Geschäfte machen kann. Es ist grundsätzlich zu begrüßen, dass viel in die ländliche Entwicklung investiert wird, denn Investitionen sind für langfristiges Wirtschaftswachstum unerlässlich. Für den privaten Sektor ist es generell von Vorteil, wenn sich viele Millionen arme Menschen zu zahlungskräftigen Kunden entwickeln.

Die Welthungerhilfe beobachtet, dass einige Unternehmen durchaus Interesse zeigen, ihre Geschäfte nachhaltiger und zum Wohle ärmerer Produzenten in Entwicklungsländern

zu gestalten. Allerdings lassen die Praktiken großer Agrarkonzerne meist eine Ausrichtung ihres wirtschaftlichen Handelns an den Bedürfnissen der Hungernden vermissen.

Es braucht also dringend politische Leitplanken und Regulierung, damit sich die Investitionen der Privatwirtschaft auch zum Nutzen der ländlichen Bevölkerung auswirken. Viele solcher Vereinbarungen – wie etwa die freiwilligen Leitlinien zu Landnutzungsrechten (Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests in the Context of National Food Security) – setzen allein darauf, dass die Unternehmen sie freiwillig umsetzen. Aber das reicht nicht aus, denn zu oft gehen die freiwilligen Verpflichtungen über bloße Lippenbekenntnisse nicht hinaus. Weil es keine ausreichenden international verbindlichen Regulierungsprozesse gibt, liegt die mangelnde Ernährungssicherheit auch in politischen Fehlentwicklungen begründet.

Krisengetriebene Hilfe: Herausforderungen der Ernährungssicherung

→ Ralf Südhoff

Pro Jahr können sich heute etwa 40 Millionen Menschen vom Hunger befreien, oft mit externer Unterstützung. Es gibt viele positive Entwicklungen, die selten an die Öffentlichkeit dringen. So wird es in Ghana beispielsweise bald gelingen, das Hungerproblem zu lösen. Das Land ist stabil und nicht von Krisen und Epidemien betroffen – wichtige Voraussetzungen für eine langfristige Ernährungssicherheit.

Krisen erzwingen Rückkehr zur Nahrungsmittelhilfe

Entgegen dieser erfreulichen Entwicklung muss das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) immer öfter zur klassischen Nahrungsmittelhilfe zurückkehren. Während sich das WFP bis Mitte der 1980er Jahre zu zwei Dritteln auf Entwicklungsprogramme zur Reduzierung der Ursachen von Hunger konzentrierte und zu einem Drittel Nothilfe leistete, ist das Verhältnis heute umgekehrt und so dramatisch wie selten zuvor. Längerfristig angelegte Programme zur Reduzierung von Hunger treten derzeit in den Hintergrund. Stattdessen konzentriert sich das Welternährungsprogramm darauf, mit kurzfristiger Hilfe akut Leben zu retten.

Die internationale Ernährungssicherungspolitik war noch nie so krisengetrieben wie heute! Das liegt zum einen daran, dass wetterbedingte Katastrophen wie Tornados aufgrund des Klimawandels in den vergangenen Jahren

deutlich zugenommen haben. Zum anderen häufen sich seit Ende des Kalten Krieges innerstaatliche Konflikte.

Vor wenigen Jahren stellte sich noch die Frage, ob WFP in der Lage sei, zwei oder drei humanitäre Notlagen der schwersten Kategorie parallel zu bewältigen. Heute sieht sich das Welternährungsprogramm fünf solcher Krisen gleichzeitig gegenüber: die regionale Ebola-induzierte Krise im westlichen Afrika sowie die Krisen im Irak, im Südsudan, in Syrien und in der Zentralafrikanischen Republik. Vier dieser Krisen sind konfliktgetrieben und in diesen Ländern ist derzeit kaum mehr als reine Nothilfe möglich.

Dilemmata für Hilfe in Krisensituationen

Es ist ein schwieriges Dilemma: Wenn Hilfsorganisationen in einem Konfliktland Nothilfe leisten, ist es immer möglich, dass sie damit den dortigen politischen Konflikt weiter befeuern. Sie müssen sich auch der Frage stellen, ob ihre Hilfe möglicherweise in falsche Hände gerät, zum Beispiel, wenn Hilfstransporte überfallen werden. In jeder Minute sind 5.000 LKW des WFP auf den Straßen dieser Welt unterwegs, um Hungernde mit Lebensmitteln zu versorgen – und diese Straßen sind oft nicht sicher.

Hilfsorganisationen kommen nicht aus dem Dilemma heraus, dass sie sich

in Konfliktgebieten oft in Grauzonen bewegen müssen. Das schließt unter Umständen auch ein, mit Gewaltakteuren zu kooperieren, um Zugänge zur hungernden Bevölkerung zu erhalten. Vor diesem Hintergrund wird es manchmal schwierig, Spenden gegenüber zu versichern, dass jeder Cent ihrer Spende dort ankommt, wo er so dringend benötigt wird. Was aber ist die Alternative? Den von Hunger betroffenen Menschen gar nicht helfen? Hilfsorganisationen können hier nur auf das Vertrauen der Spender setzen.

Auch wenn es schwierig wird: do no harm

Für WFP spielt das Prinzip „Do no harm“ eine wichtige Rolle – seine Arbeit darf auf keinen Fall negative, nicht beabsichtigte Folgen haben. Daher leistet WFP beispielsweise nur noch in bestimmten Regionen direkte Nahrungsmittelhilfe, etwa in Syrien. Flüchtlinge in Jordanien oder im Libanon erhalten dagegen Gutscheine, die sie in den Geschäften vor Ort einlösen können. Dies gibt den Flüchtlingen mehr Würde und stärkt gleichzeitig die lokale Wirtschaft. Zudem lässt sich mit diesem Ansatz vermeiden, dass Menschen, die etwa eine dreimonatige Dürreperiode überbrücken müssen, ihre Äcker dauerhaft verlassen und in die Städte ziehen. Für die lokale Nahrungsmittelproduktion hätte dies schwerwiegende Folgen.



„Es gibt zahlreiche ganz konkrete Stellschrauben, die die Hilfe massiv vereinfachen und flexibler gestalten könnten.“

Ralf Südhoff

Welternährung: ein globales (Sicherheits-)Anliegen

Die internationale Aufmerksamkeit für das Thema Ernährungssicherheit schwankt sehr. Zuletzt erhielt es mit der Welternährungskrise 2008/2009 neue Aktualität. Experten sahen die Krise jedoch lediglich als Explosion einer langen Entwicklung etwa seit Beginn der 2000er Jahre mit zum Teil drastisch steigenden Lebensmittelpreisen. Innerhalb eines Jahres stieg der Preis für Reis zum Beispiel um bis zu 400 Prozent, sodass sich viele dieses Grundnahrungsmittel nicht mehr leisten konnten.

Der Hunger hatte zu dieser Zeit auch zahlreiche Städte erreicht und war eng mit politischen Unruhen wie zum Beispiel in Haiti verbunden. In dieser Phase gelangte die Nahrungsmittelknappheit auf die Agenden des Welt-sicherheitsrats und der G8- und G20-Gipfel. Bundeskanzlerin Angela Merkel ließ 2008 eigens eine „Welternährungsstrategie“ für die G8 verfassen. Zahlreiche Staaten verpflichteten sich 2011 beim vierten hochrangigen Forum zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Busan zu einer wirksamen und effizienten Geberpolitik.

Damit setzten sie auch für die Ernährungssicherung ein wichtiges Signal, denn gerade hier ist es von existenzieller Bedeutung, dass die Menschen vor Ort von der Hilfe bestmöglich profitieren.

Wo ist der politische Wille?

In der nationalen Politik der meisten Entwicklungsländer spielt die Ernährungssicherheit kaum eine Rolle, weil die Betroffenen – zu 75 Prozent Arme auf dem Land – politisch kaum Gehör finden. Anderswo, wie zum Beispiel auch in Deutschland, steht das Thema aktuell weit oben auf der politischen Agenda.

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Gerd Müller will bis zu eine Milliarde Euro pro Jahr in die ländliche Entwicklung und Ernährungssicherheit investieren.

Diverse afrikanische Staaten haben sich dazu verpflichtet, mindestens zehn Prozent ihres Staatshaushalts in ländliche Entwicklung zu investieren – ein Bereich, den sie über Jahrzehnte massiv vernachlässigt hatten und so ihrer Eigenverantwortung nicht nachgekommen waren.

Trotz dieser erhöhten Aufmerksamkeit ist in den meisten Ländern sowie in der internationalen Zusammenarbeit der politische Wille zur Verbesserung der Ernährungssicherheit nach wie vor sehr begrenzt. Konkrete Aktivitäten bleiben vielfach aus. Diese Situation ist umso dramatischer, weil allen die Stellschrauben bekannt sind, wie sich Hunger außerhalb der beschriebenen Konfliktregionen reduzieren lässt. Nicht das Wissen fehlt, sondern der politische Wille.

Wo ein Wille ist, da ist ein Weg

Um die zahlreichen gewaltsamen Konflikte besser bewältigen zu können, ist nicht ohne Grund eine Reform des UN-Sicherheitsrats immer wieder im Gespräch, um der internationalen Gemeinschaft bessere Möglichkeiten der Konfliktbearbeitung an die Hand zu geben. Neben solchen strukturellen Veränderungen sollten nationale und internationale Politiken mehr die ländliche Entwicklung fördern, verstärkt in eine nachhaltige Produktion investieren und Bauern befähigen, sich selbst zu ernähren.

Neben solchen strategischen Neuausrichtungen gibt es viele praktische – oft nur kleine und leicht umsetzbare – Ansätze, um das System der internationalen Ernährungssicherung zu verbessern. Auch hier sind viele Punkte seit Langem bekannt, müssen aber noch ernsthafter in der Humanitären Hilfe und in der Entwicklungszusammenarbeit angewendet werden: Es gilt zum Beispiel, die Hilfe so flexibel wie möglich zu gestalten, damit sie schnell auf die sich permanent verändernden Situationen vor Ort reagieren kann. Sie sollte zudem planbarer sein, etwa durch längere Projektlaufzeiten. Mit kurzfristiger Nahrungsmittelhilfe lässt sich die angespannte Ernährungssituation insbesondere in fragilen und von Konflikten betroffenen Ländern nicht langfristig stabilisieren.

Optimierungspotenzial bieten auch die gegenwärtigen Finanzierungsmodali-



täten, die grundsätzlich schlanker und flexibler gestaltet werden könnten. Es würde die Durchführung von Aktivitäten der Ernährungssicherung auch vereinfachen, wenn sich die Auflagen für die Abrechnung von öffentlichen Mitteln mehr an der Projektpraxis orientieren und weniger bürokratisch gestaltet würden. So ist beispielsweise die Pflicht, Mittel bis Ende eines Jahres zu verausgaben, insbesondere für kleinere Organisationen eine große Herausforderung. Und auch die Vorga-

be, dass Maßnahmen nicht gleichzeitig aus dem Budget des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und des Auswärtigen Amtes (AA) finanziert werden dürfen, schränkt die Möglichkeiten der Hilfsorganisationen ein, die an Hunger leidenden Menschen möglichst effizient zu unterstützen.

Spender wiederum legen häufig großen Wert darauf, ihre Zuwendungen an eine Hilfsorganisation

an einen konkreten Zweck zu binden. Allerdings schränken sie damit die Möglichkeiten dramatisch ein, akut dort zu helfen, wo die Not am größten ist. Hier wäre es wünschenswert, dass Spender einer Institution eine nicht-zweckgebundene Spende zukommen lassen und deren Experten entscheiden lassen, wo und wie sie die Spende am sinnvollsten einsetzt.

Globale Antworten auf akute Ernährungskrisen: Prävention und Reaktion

→ Dr. Imme Scholz

Die Abnahme von Hunger in der Welt ist eine sehr positive Entwicklung; mittel- und langfristig stellt sich die Situation aber vielfach pessimistischer dar. Dies liegt an den vielfältigen politischen, sozialen und ökologischen Wechselwirkungen zwischen Ernährungssicherheit und Faktoren wie Marginalität und Ausgrenzung, Konflikte, schwache Staatlichkeit, Klimawandel und der Struktur der Agrarweltmärkte.

Die Politikberatung zur Ernährungssicherung, die auf diese tieferliegenden Ursachen und Wechselwirkungen abzielt, kann nicht nur einen konkreten Adressaten ansprechen. Sie hat es mit einer Vielzahl von Akteuren in reichen wie in armen Ländern zu tun, die unterschiedlich stark an der Ernährungssicherung interessiert sind.

Die große Gefahren: Preisvolatilität, Klimawandel, Konflikte, Landgrabbing

Die ökonomische Globalisierung hat zur Folge, dass auch marginale Länder zunehmend in die Weltwirtschaftskreisläufe eingebunden sind. Vielen armen Ländern wurde empfohlen, ihren Agrarsektor auf den Weltmarkt auszurichten und sich auf Exporte zu konzentrieren; die Ernährungssicherheit sollte sich damit nicht primär auf die nationale Produktion stützen, sondern auf (günstigere) Importe. Die Risiken einer abnehmenden nationalen Produktion und steigender Weltmarktpreise für Nahrungsmittel für die lokale Versorgung wurden

dabei nicht berücksichtigt. Dies waren aber entscheidende Faktoren für die große Hungerkrise 2008/2009.

Vor allem in Konfliktländern ist die Ernährungssicherheit langfristig nicht gewährleistet. Gewaltsame Konflikte unterbrechen nicht nur unmittelbar die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, sondern beeinflussen den Produktionskreislauf langfristig negativ. Bauern können ihre Felder auf zunächst unabsehbare Zeit nicht bestellen, nicht säen und somit auch nichts ernten.

Mittelfristig wird die Nahrungsmittelproduktion an vielen Orten aufgrund des Klimawandels verstärkt unter Druck geraten. Wenn sich das Klima erwärmt, verändert sich auch der Wasserkreislauf. Das bedeutet: Trockene Regionen werden trockener, während in tropischen Regionen ein schneller Wechsel zwischen Dürre und starkem Regen, Hochwasser und Überflutungen zum Alltag wird – mit massiven Konsequenzen für die Landwirtschaft.

Heute weisen vor allem die drei Weltregionen Nord- und Südamerika sowie Australien bei ihrer landwirtschaftlichen Produktion Nettoüberschüsse auf. Hier sowie in China und Indien ist in den nächsten Jahren aber mit Ertragseinbrüchen von bis zu 50 Prozent zu rechnen, wenn sich die Landwirtschaft nicht an die veränderten natürlichen Bedingungen anpasst. Dies wird vor allem zu Versorgungsengpässen in ärmeren Ländern führen,

deren Landwirtschaft unproduktiv ist. China ist schon heute Netto-Getreideimporteur und es wird sich auch in Zukunft Nahrungsmittelimporte leisten können, wie die USA auch.

In Afrika und Lateinamerika kaufen oder pachten seit einigen Jahren große in- und ausländische Investoren beträchtliche Landflächen, um Agrarerzeugnisse für den Export zu produzieren. Dies kann die einheimische Nahrungsmittelproduktion weiter schwächen und garantiert weder, dass genug Deviseneinnahmen für den Nahrungsmittelimport vorhanden noch dass die Einkommen der Menschen hoch genug sein werden, um auch teurere Nahrungsmittel kaufen zu können.

Im Wandel: Landwirtschaft und Konsum

Vielen asiatischen Ländern ist es in den letzten Jahrzehnten gelungen, ihre landwirtschaftliche Produktivität zu steigern, ohne die Anbauflächen auszuweiten. In Lateinamerika sind jedoch große Wald- und Savannenflächen verschwunden; in Afrika erwarten viele Beobachter eine ähnliche Entwicklung im Zuge zunehmender Investitionen. Auf die Ausdehnung der Flächen folgen die Intensivierung der Produktion und damit auch Boden- und Wasserbelastungen durch Düngemittel und Pestizide, deren Nutzung durch die Modernisierung der Landwirtschaft stark zunimmt.



„Die zunehmende Zahl von Hungerkrisen richtet Aufmerksamkeit und Ressourcen auf die Krisenbewältigung und lenkt von der Ursachenbekämpfung ab.“

Dr. Imme Scholz

Vielerorts nimmt das Einkommen der Bevölkerung zu und die Menschen können sich mehr Lebensmittel kaufen. Die positive Einkommensentwicklung in Schwellenländern und reicheren Entwicklungsländern, insbesondere in Indien und China, erhöht auch die Nachfrage nach Fleisch. Für die globale Ernährungssicherheit ist dies eine problematische Entwicklung, weil die Fleischproduktion viel Getreide und damit auch Anbaufläche benötigt und das Weltklima belastet.

Vielerorts beginnt nun ein Bewusstseinswandel: Es geht nicht mehr darum, zur Eindämmung des Hungers um jeden Preis die landwirtschaftliche Produktivität zu erhöhen und dabei die Umwelt zu vernachlässigen. Es ist heute klar, dass ein solcher Ansatz nicht langfristig tragfähig ist. Auch gibt es heute schon viele Initiativen, die sich für eine bewusste Ernährung und die Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung einsetzen.

Für die zukünftige Versorgung der Weltbevölkerung mit Lebensmitteln ist es zudem notwendig, die Landdegradierung zu stoppen, denn weltweit sind bereits etwa 25 Prozent der Böden degradiert. Auch muss die Energieintensität der Landwirtschaft verringert werden oder die Energie aus nachhaltigen Quellen gewonnen werden. Dies ist eine mittel- und langfristige Perspektive, die nicht unmittelbar mit den heutigen gewaltsamen Konflikten zu tun hat. Aber die verschärften Anforderungen an die zu-

künftige Ernährungssicherheit könnten unter Umständen in Zukunft zu neuen Krisen und Konflikten führen.

Entwicklungs- und Außenpolitik: neue Ansätze

Ernährungssicherheit darf nicht nur eine Frage der Entwicklungspolitik bleiben, sondern muss auch in den internationalen Beziehungen und der Welthandelspolitik eine größere Rolle spielen. Hierbei können bestehende Systeme wie etwa zur Frühwarnung genutzt werden, um zu sehen, wie unterschiedlich sich die Krisenursachen verketteten und dann zu einer explosiven Situation oder einer drastischen Verschlechterung der Nahrungsmittelversorgung führen können, wie aktuell die Ebolakrise zeigt.

Die gegenwärtige Überprüfung der deutschen Außenpolitik ist in diesem Zusammenhang sehr wichtig: In Zeiten, in denen Geopolitik wieder zum zentralen Aspekt von Außenpolitik zu werden droht, müssen wir an der Aufforderung festhalten, dass sich Außenpolitik weiterhin der Lösung globaler Probleme annimmt und sich verstärkt um Ernährungssicherheit als Instrument der Friedenssicherung kümmert.

Die neue globale Entwicklungsagenda der Vereinten Nationen (UN), die im kommenden Jahr verabschiedet werden soll, bietet hier auch eine Chance. Sie ist nicht wie die Millenniumsentwicklungsziele als Aufgabe der Entwicklungspolitik konzipiert,

sondern sie ist eine universelle Agenda für alle Länder, reiche und arme. Deswegen bezieht sie verschiedene Politikfelder inklusive der Außen- und Umweltpolitik ein – und dies nicht nur mit einer globalen, sondern auch einer nationalen Perspektive.

Notwendig: Strukturveränderungen

Um sich wirksam für eine umfassende Verbesserung der Ernährungssicherheit einsetzen zu können, müssten die relevanten UN-Organisationen finanziell besser ausgestattet sein. Zudem wäre es hilfreich, notwendige Reformen der Vereinten Nationen nicht nur als leidiges Thema zu betrachten, sondern sich der Reformaufgabe aktiv zu stellen. Schließlich können internationale Strukturen nationales Handeln durchaus stärken, auch wenn sie es nicht ersetzen können.

Die Legitimität der Vereinten Nationen und ihrer Unterorganisationen ließe sich deutlich erhöhen, wenn starke Akteure der internationalen Politik deren Entscheidungen besser akzeptieren und ihre Stärke nicht nur dazu nutzen würden, ihre eigenen Interessen zu befördern. Gerade für einen derartigen Interessenausgleich zwischen stärkeren und schwächeren Akteuren und das Engagement für eine gemeinsame Bewältigung von Herausforderungen – unter anderem mit Blick auf die Ernährungssicherung – bieten die Vereinten Nationen einen passenden Rahmen. Wenn es allerdings nicht gelingt,



diesen erfolgreich zu nutzen, kann das fatale Auswirkungen haben. Dann wird ein Scheitern nämlich den Vereinten Nationen und ihren Unterorganisationen angelastet und sie sind dem Vorwurf ausgesetzt, nicht leistungsfähig zu sein. Dabei liegt der Grund des Scheiterns in vielen Fällen eigentlich in der fehlenden Unterstützung durch starke Regierungen begründet.

Es gilt also, internationale Strukturen zu stärken, zu fragen, was auf nationaler Ebene erforderlich ist, und dann die richtigen Prioritäten zu setzen.

Handelspolitik: David und Goliath

Die internationale Gemeinschaft muss sich im Klaren darüber sein, wie sie die globale Handelspolitik gestalten will, damit diese auch in Notlagen funktionsfähig bleibt. Dabei muss sie folgende zentrale Fragen beantworten: Wie kann es gelingen, den Welthandel auch für einheimische Produzenten in Entwicklungsländern positiv zu gestalten, die dem Wettbewerbsdruck nicht standhalten können? Welche internationalen Auswirkungen haben die – durchaus gut begründbaren – Einkommenssubventionen für deutsche Landwirte? Und wie können arme Länder zum Beispiel Gebrauch von Schutzklauseln

machen, die es ja in der Welthandelsorganisation durchaus gibt, um ihre eigene landwirtschaftliche Produktion aufzubauen? In Krisensituationen muss es möglich sein, diejenigen Länder mit Sanktionen zu belegen, die ihre Nahrungsmittelexporte stoppen, auch wenn Exporte keine Versorgungsengpässe vor Ort verursachen.

Große Unternehmen erkennen mittlerweile durchaus, dass sie von den kleinbäuerlichen Produktionskapazitäten in Entwicklungsländern abhängig sind, beispielsweise bei der Tee-, Kaffee- oder Kakaoproduktion. Wenn diese Kleinbauern und -bäuerinnen aufgrund von Landflucht oder Landdegradierung weniger Tee, Kaffee oder Kakao anbauen, dann ist dies ein ernstes Problem für die großen Konzerne in den Industrieländern. Diese Unternehmen sind daher durchaus an stabilen Produktionskapazitäten in Entwicklungsländern interessiert und investieren in Agrarberatung und die Unterstützung dieser Produzenten. In Ländern, in denen die nationalen öffentlichen Ausgaben für den Agrarsektor und die ländliche Entwicklung sehr gering sind, kann so leicht eine Abhängigkeit von großen Unternehmen entstehen. Eine Alternative wäre hier ein arbeitsteiliges Vorgehen in der Agrarberatung

von öffentlichen Institutionen und der Privatwirtschaft, zu dem auch nationale und internationale Organisationen beitragen können. Wichtig ist, dass Unternehmen ihre Aktivitäten immer transparent gestalten, denn nur so können sie glaubwürdig sein.

Erwartungen: Entwicklungs- und Friedenspolitik am Zug

Das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik beschäftigt sich im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit der Frage, wie Entwicklungspolitik die Ernährungssicherheit allgemein und insbesondere in fragilen Ländern fördern kann. Dieser Aspekt ist sehr wichtig, weil viele Konflikte lang andauern und auch deren anschließende Bewältigung meist viele Jahre in Anspruch nimmt. In dieser Zeit ist die Ernährungssicherheit der Menschen häufig gefährdet. Neben klassischen friedenspolitischen Anforderungen wie die Gewährleistung von Menschenrechten und Sicherheit muss die Friedenspolitik daher auch die Ernährungssicherheit im Blick haben. Hieran zeigt sich auch, auf welche Realitäten – wie etwa Hunger – die hohen normativen Ansprüche des Nordens an die Konfliktbewältigung treffen.

Diskussion mit dem Publikum

Die Ebola-Epidemie: eine gesundheitliche, humanitäre und politische Krise

Die Konsequenzen der Ebola-Epidemie sind für die Menschen vor Ort dramatisch. In Westafrika bahnt sich die nächste humanitäre Katastrophe an. Auch die politischen Konsequenzen können schwerwiegend werden, denn Liberia hat die Auswirkungen des Bürgerkrieges noch lange nicht überwunden. Die Region ist ohnehin permanent von politischen Krisen bedroht. Die internationale Gemeinschaft versucht, dies zu adressieren: Sie behandelt die Epidemie inzwischen nicht mehr ausschließlich als ein gesundheitliches, sondern auch als politisches Problem.

Das UN-Welternährungsprogramm geht davon aus, in den drei am meisten von Ebola betroffenen Ländern etwa 1,3 Millionen Menschen mit Nahrungsmittelhilfe unterstützen zu müssen. Viele Gebiete stehen quasi unter Quarantäne, die Märkte sind zusammengebrochen und die Preise steigen.

Die Hilfsorganisationen stehen vor immensen logistischen Herausforderungen. Viele kommerzielle Fluggesellschaften haben ihre Flüge in das Krisengebiet eingestellt und die Helfer gelangen nur noch schwer an ihre Einsatzorte. WFP hat daher in Westafrika eine Flugbereitschaft für die gesamte humanitäre Gemeinschaft eingerichtet.

In solchen akuten Krisen muss die kurzfristige Nothilfe schnell greifen und verhindern, dass aus der Krise eine Katastrophe wird. Es fehlt aktuell aber noch an einem Großteil der Finanzierung. Aktuell ist etwa die oben erwähnte Flugbereitschaft nur zu zehn Prozent finanziert.

Gentechnik: Segen oder Fluch für die Ernährungssicherheit?

Aufgrund des Klimawandels wird es in vielen Regionen der Welt notwendig sein, Sorten anzubauen, die zum Beispiel hitzebeständiger sind oder mit weniger Wasser auskommen. Dabei könnte die Gentechnik womöglich Unterstützung leisten. Ralf Südhoff erinnerte jedoch daran, dass es heute noch kein gentechnisch hergestelltes Saatgut gäbe, das an die sich abzeichnenden klimatischen Veränderungen angepasst sei und in Entwicklungsländern großflächig angewendet werden könnte. Die Forschung an solchem Saatgut werde bestimmt weitere 20 bis 30 Jahre benötigen, um eventuell praxisrelevante Lösungen anbieten zu können. Für die akute Nahrungsmittelknappheit biete die Gentechnologie also noch keine Lösungen.

Neben den Chancen gelte es auch, die Risiken der Gentechnologie zu bedenken, gab Imme Scholz zu bedenken. Ein großer Nachteil gentechnisch behandelten Saatguts sei etwa, dass Bauern das Saatgut immer wieder neu kaufen müssen und es nicht selbst herstellen oder

tauschen können. Das könne sie wirtschaftlich erheblich belasten.

Wolfgang Jamann nahm der Diskussion über gentechnisch veränderte Lebensmittel einen großen Teil ihrer Spannung, indem er verdeutlichte, dass es bei der Diskussion über den Nutzen der Gentechnik für die Ernährungssicherheit nicht um „eine Glaubensfrage“ gehe, sondern darum, inwieweit die Gentechnik positive Effekte für die Ernährungssicherheit haben kann. Die Vorteile etwa von Vitamin-A-angereichertem Reis müssten konkret vor Ort spürbar und nicht nur im Labor erkennbar sein. Für Ralf Südhoff gibt es viel einfachere Lösungen, um landwirtschaftliche Erträge in Entwicklungsländern zu steigern. Dazu gehörten etwa Mikrokredite für Saatgut. Er sieht die Gefahr, dass die Diskussion um Gentechnik von solch einfachen Lösungen ablenkt.

Fleisch und Biosprit: zulasten der Ernährungssicherheit?

Der Fleischkonsum ist eine der effektivsten Stellschrauben für die Ernährungssicherheit und für den Klimaschutz, denn Viehzucht benötigt große Anbauflächen für die Futterproduktion und ist der weltweit stärkste Klimatreiber. Ein Großteil der weltweiten Ernten wird nicht mehr zu Nahrungsmitteln für Menschen, sondern zu Tierfutter verarbeitet. Ähnlich problematisch ist die Produktion von Kosmetika oder Treibstoff aus Biomasse. „Dies ist eine absurde



Situation!“, warnte Ralf Südhoff. Gerade der Ausbau der Bioenergie wirke sich negativ auf die Nahrungsmittelsicherheit aus. Daher sei eine Deckelung von Bioenergie wie in der EU sehr zu begrüßen, erklärte Südhoff weiter.

Imme Scholz gab zu bedenken, dass die Produktion von Futtermitteln nicht automatisch zulasten der Ernährungssicherheit der Menschen gehe. Entscheidend sei vielmehr, aus welchen Ländern etwa Soja als Futtermittel exportiert wird. Brasilien sei beispielsweise weltweit der größte Futtermittel-Exporteur, ohne dass dies zu einer direkten Gefährdung der Versorgung mit Nahrungsmitteln führe. Allerdings gehe dieses Modell häufig zulasten der kleinbäuerlichen Nahrungsmittelproduktion und Landverteilung an Landlose und Indigene. Die Produktion von Futtermitteln für den Export sei häufig mit großflächiger Agrarindustrie und einer großbäuerlichen Agrarstruktur verbunden und somit eine Frage des nationalen Entwicklungskonzepts.

Empfehlungen an die Politik

„Bei der Ernährungssicherung ist die deutsche Politik besser als ihr Ruf“, befand Wolfgang Jamann. Sie sei Teil der globalen Verantwortung Deutschlands, mit der sich etwa viele Bundestagsabgeordnete quer durch die Parteien befassten. Im vergangenen Jahr gab es zum Beispiel eine parteiübergreifende Initiative, das

Ziel zu verwirklichen, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Entwicklungszusammenarbeit auszugeben. Derartige gemeinsame Signale seien anderen Politikbereichen fremd. Jamann forderte allerdings, dass sich die deutsche Politik noch stärker damit befassen müsse, die Folgen innenpolitischer Entscheidungen für die globale Verantwortung Deutschlands abzuschätzen. Ein Beispiel sei die aktuelle strikte Haushaltspolitik in Zeiten großer humanitärer Katastrophen. Der Bundestag müsse sich fragen, welche Konsequenzen eine Haushaltssperre für die Humanitäre Hilfe der Bundesrepublik und die von Katastrophen betroffenen Menschen hat.

Die internationale Gemeinschaft müsse politische Richtlinien für die Handelspraktiken mit Nahrungsmitteln festlegen, forderte Imme Scholz. Damit müsse sie zum Beispiel negative Konsequenzen eines frei agierenden Marktes für die arme Bevölkerung in Entwicklungsländern verhindern. Grundsätzlich gelte, dass Regulierung immer zum Wohle der Bevölkerung geschehen und verbindliche Auflagen für Agrarunternehmen beinhalten müsse, damit deren Agieren nicht dem Allgemeinwohl schade.

Ralf Südhoff berichtete, dass auch innerhalb der Vereinten Nationen ein breiter Konsens herrsche, dass exzessive Spekulationen mit Agrarrohstoffen an den Finanzmärkten verhindert werden müssen, weil sie zu starken

Preisschwankungen bei Nahrungsmitteln führen. Die schwankenden Getreidepreise der vergangenen Jahre hätten in vielen Ländern verheerende Auswirkungen auf die kleinbäuerliche Landwirtschaft und damit auch auf die Ernährungssicherheit gehabt: Für Kleinbauern und -bäuerinnen war es unmöglich geworden, Preise vorherzusagen und ihre Produktion entsprechend anzupassen. Es war für sie nicht mehr erkennbar, ob zum Beispiel eine Dürre in Russland den Getreidepreis in die Höhe getrieben hat oder die Aktivitäten von Spekulanten. Die künstlich hochgetriebenen Preise für Grundnahrungsmittel trafen in allen Ländern vor allem die von Armut besonders Betroffenen am stärksten. Hier müsse laut Südhoff der Markt reguliert werden. Ihn erfülle ein merkantilistischer Ansatz durchaus mit Hoffnungen: Es sei heute wirtschaftlich viel attraktiver als vor zehn bis zwanzig Jahren, in die Landwirtschaft zu investieren und den Hunger zu bekämpfen als seine Kosten zu tragen. Damit sei Hunger nicht mehr nur ein sozialer und humanitärer Fall, sondern seine Bekämpfung sei wirtschaftlich interessant.

Wenn es in Zukunft allein besser gelänge, Kleinbauern und -bäuerinnen zu befähigen, von den hohen Agrarpreisen auf dem Weltmarkt zu profitieren und Überschüsse zu erwirtschaften, dann könnten zwei Drittel des Hungers weltweit besiegt werden.



Kurz vorgestellt

Dr. Wolfgang Jamann

Nach über 20-jähriger Erfahrung in der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe wurde Wolfgang Jamann 2009 Generalsekretär und Vorstandsvorsitzender der Welthungerhilfe sowie Geschäftsführer der Stiftung Welthungerhilfe.

Bis 2009 war der Entwicklungssoziologe Hauptgeschäftsführer und Mitglied des Vorstands von CARE Deutschland-Luxemburg sowie Vorsitzender der Deutschen CARE Stiftung. Von 1995 bis 2004 arbeitete er bei World Vision International. Er war Regionalrepräsentant für Ostafrika und Leiter der Abteilung Humanitäre Hilfe von World Vision Deutschland.

Wolfgang Jamann hat zahlreiche Bücher und Artikel zu Süd- und Südostasien publiziert und zu Studien über komplexe humanitäre Notlagen und Konfliktmanagement beigetragen.

Dr. Imme Scholz

Die Soziologin ist seit 2009 stellvertretende Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE). Sie beschäftigt sich primär mit globaler Umweltpolitik, Klimapolitik und Klimawandel sowie mit Waldpolitik, insbesondere in Amazonien.

Seit 1996 ist Imme Scholz Mitglied der Kammer für nachhaltige Entwicklung der Evangelischen Kirche Deutschland (EKD). Seit 2002 ist sie Mitglied des Fachbeirates Nord-Süd der Heinrich-Böll-Stiftung. Zudem gehört sie dem Aufsichtsrat des Evangelischen Werkes für Diakonie und Entwicklung, dem Kuratorium der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und dem Rat der Stiftung für Umwelt und Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen an. Seit 2012 ist sie Mitglied des deutschen Rates für nachhaltige Entwicklung, der das Bundeskanzleramt berät.

Ralf Südhoff

Ralf Südhoff leitet seit 2008 das Berliner Büro des UN World Food Programme (WFP), der weltweit größten humanitären Organisation. Zuvor war er unter anderem für die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und als Referent der damaligen Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) tätig.

Südhoff, der einen Master in Internationalen Studien erworben hat, arbeitete zuvor rund zehn Jahre als Journalist, unter anderem als Südamerika-Korrespondent der ZEIT.



Die Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt) ist ein Zusammenschluss von staatlichen Organisationen, kirchlichen Hilfswerken, zivilgesellschaftlichen Netzwerken und politischen Stiftungen.

Ziel von FriEnt ist es, Kompetenzen zu bündeln, Vernetzung und Kooperation zu fördern sowie zu einer konfliktsensiblen Entwicklungszusammenarbeit beizutragen. Gemeinsam wollen die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft für die vielfältigen Ansätze und Potentiale entwicklungspolitischer Friedensarbeit in Politik und Öffentlichkeit werben. Die FriEnt-Mitglieder eint ihr Engagement für Frieden und Entwicklung. Sie unterscheiden sich jedoch in ihrer Größe, in ihrem Auftrag, in ihrem Partnerfeld im Ausland und in ihren Projekt- oder Arbeitsansätzen. Diese vielfältigen Perspektiven und Erfahrungen wollen sie für eine gemeinsame und produktive Auseinandersetzung mit den Themen Frieden und Entwicklung nutzen.

→ www.frient.de



Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst ist das weltweit tätige Hilfswerk der evangelischen Landes- und Freikirchen in Deutschland. In mehr als 90 Ländern rund um den Globus befähigen wir arme und ausgegrenzte Menschen, aus eigener Kraft ihre Lebenssituation zu verbessern.

Schwerpunkte unserer Arbeit sind die Ernährungssicherung, die Förderung von Bildung und Gesundheit, der Zugang zu Wasser, die Stärkung der Demokratie, die Achtung der Menschenrechte, die Sicherung des Friedens sowie die Bewahrung der Schöpfung. Durch Lobby-, Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit in Deutschland und Europa versuchen wir politische Entscheidungen im Sinne der Armen zu beeinflussen und ein Bewusstsein für die Notwendigkeit einer nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise zu schaffen.

→ www.brot-fuer-die-welt.de



Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), eine gemeinnützige, private und kulturelle Institution, ist seit ihrer Gründung 1925 den Ideen und Grundwerten der sozialen Demokratie verpflichtet. Sie verfolgt folgende Ziele:

- ▶ die politische und gesellschaftliche Bildung von Menschen aus allen Lebensbereichen im Geiste von Demokratie und Pluralismus fördern,
- ▶ begabten jungen Menschen unabhängig von den materiellen Möglichkeiten der Eltern durch Stipendien den Zugang zum Hochschulstudium ermöglichen,
- ▶ zur internationalen Verständigung und Zusammenarbeit beitragen.

Die FES will mit ihren Aktivitäten:

- ▶ die politische Erneuerung der sozialen Demokratie fördern,
- ▶ politische Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken,
- ▶ die Wirtschafts- und Sozialordnung gerecht gestalten,
- ▶ den Dialog zwischen Gewerkschaften und Politik vertiefen und
- ▶ die Globalisierung sozial gestalten.

→ www.fes.de



Impressum

Herausgeber:

Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt)
c/o Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Godesberger Allee 119
53175 Bonn

Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst
Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

Verantwortlich:
Marius Müller-Hennig (FriEnt)
Dr. Wolfgang Heinrich (Brot für die Welt – EED)
Martin Weinert (FES)

Redaktion: Dr. Susanne Reiff, to the point communication, Königswinter
Layout: kreutzberger . büro für visuelle kommunikation, Köln

Bildnachweis: Cover vorne: UN Photo/Martine Perret, WFP/Philipp Herzog, Presseamt Bundesstadt Bonn, EC/DG ECHO, Shell, CIMMYT/Michelle DeFreese, S. 4: WFP/Philipp Herzog, UN Photo/Martine Perret, S. 6: OCHA/Jacob Zocherman, S. 8, 10: EC/DG ECHO, S. 11: Leo Kan/Flickr.com, UN Photo/Eskinder Debebe, S. 13: UNDP Usbekistan, S. 14: Shell, CIMMYT/Michelle DeFreese, S. 16: EC/DG ECHO, Shankar S./Flickr.com, S. 17, 19: Marius Müller-Hennig, cover hinten: OCHA/Jacob Zocherman.

ISBN: 978-3-95861-144-3

© April 2015

